

# Kommentar

22

Nein zur Suchtmittelinitiative:

Nüchterne Schweizer

spk. (hb) Bei allem Misstrauen gegenüber der Werbung war die Mehrheit der Stimmbürger nüchtern genug, sich gegen ein allgemeines Werbeverbot für alkoholische Getränke und Raucherwaren zu entscheiden. Der recht hohe Ja-Stimmenanteil von 2 zu 3 zeigt indessen, dass sich die Initianten ein verbreitetes Vorurteil zunutze zu machen wussten - zeigt aber auch, dass ein Problem besteht.

Dass gegen die Suchtgefahr etwas unternommen werden muss, wurde im Abstimmungskampf von niemandem bestritten. Zur Frage stand die Art und Weise. Und hier zäunten die Befürworter das Pferd am Schwanz auf. Süchte blühen im Verborgenen und Alkohol und Nikotin sind nicht bloss Sucht-, sondern auch Genussmittel. Ein Werbeverbot hätte höchstens noch den Reiz des Geächteten gebracht, von etwas aber, das so geächtet auch nicht ist, dass es im täglichen Leben nicht vorkäme. Erwiesenermassen sind die lebenden Vorbilder für die Jugend, für deren Schutz sich die Initianten besonders stark machen wollten, viel ausschlaggebender als Reklamebildchen.

Kommt dazu, dass ein Werbeverbot einen unverhältnismässigen Kontrollaufwand bei entsprechenden Umgehungsmöglichkeiten verursacht und einseitig die inländischen Produzenten und Verkäufer getroffen hätte. Die Schweiz gegen Werbung aus dem Ausland abzudichten, wäre wohl ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Der vorgeschlagene Verfassungsartikel sah ja auch Ausnahmen für ausländische Zeitschriften ausdrücklich vor. Die Werbemedien Radio, Film usw. haben die Initianten wohl vergessen. Abgesehen davon hätte deswegen niemand weniger geraucht und getrunken. Mangels Marktübersicht wäre man dann eben beim "Bewährten" geblieben. Unbekanntes, z.B. nikotinarme Zigaretten, hätte sich kaum durchsetzen können.

Einseitig, unverhältnismässig und unzweckmässig nannte der Bundesrat die Suchtmittelinitiative. Hat er aber nicht die Gedankengänge der Initianten mitgemacht, indem er vor der Abstimmung noch schnell Werbebeschränkungen für scharfe Schnäpse vorschlug? Weniger unverhältnismässige zwar, aber kaum leichter zu kontrollierende. Es wäre zu wünschen, dass sich die Regierung nun vor allem auf das Präventivgesetz gegen den Suchtmittelmissbrauch konzentriert und dafür sorgt, dass es nicht verwässert wird. Vernunft kann nicht mit staatlichen Verboten geschaffen werden.

Hugo Barmettler

tts